vinetur

John Swinney fordert das Treasury auf, die Scotch-Whisky-Verbrauchsteuer im Herbsthaushalt zu senken

Swinneys Vorstoß verleiht der Branchenkampagne politisches Gewicht, nachdem die Verbrauchsteuer auf Spirituosen in drei Jahren um 17 % gestiegen ist und noch keine Senkung angekündigt wurde.

Montag, 21. September 2026



Schottlands Erster Minister John Swinney hat die britische Regierung aufgefordert, die Verbrauchsteuer auf Scotch Whisky im bevorstehenden Herbsthaushalt zu senken, und sich damit einer Initiative der Scotch Whisky Association angeschlossen, die argumentiert, höhere Steuern setzten Brennereien, Pubs und die gesamte Lieferkette unter anhaltenden Druck.

Swinneys Unterstützung folgte auf ein Treffen am 11. Sept. mit dem Rat der Mitgliedsunternehmen der Branchenvereinigung. Nach dem Treffen sagte er, wiederholte Steuererhöhungen hätten der Branche „unangemessenen Druck“ auferlegt, und erklärte, er unterstütze die Forderung, dass die britische Regierung das Problem angehen solle. Der Appell richtet sich an das HM Treasury und an Chancellor John Healey, die darüber entscheiden werden, ob eine Änderung in den Haushalt aufgenommen wird. Eine Senkung wurde bislang nicht angekündigt, und das Treasury hat nicht erklärt, dass es handeln werde.

Die Scotch Whisky Association schreibt in ihrer Haushaltsstellungnahme, dass die Verbrauchsteuer auf Spirituosen im Vereinigten Königreich in den vergangenen drei Jahren um 17 % gestiegen sei. Zudem argumentiert sie, dass Spirituosen, einschließlich Scotch, mit bis zu viermal so hohen Sätzen besteuert werden wie Bier, Cider und Wein. Trotz dieser Erhöhungen, so die Gruppe, seien die Einnahmen des Treasury aus der Spirituosensteuer im selben Zeitraum gesunken statt gestiegen.

Der Branchenverband sagt, ein niedrigerer Steuersatz würde den Druck auf Produzenten und auf Gastronomiebetriebe verringern, die stark vom Spirituosenverkauf abhängen. Nach Angaben der Vereinigung produziert Schottland rund 70 % der britischen Spirituosen, und Spirituosen machen mehr als ein Drittel, nämlich 38 %, der Gesamtgewinne in Gastronomiebetrieben aus. Mark Kent, der Geschäftsführer der Vereinigung, sagte, eine Senkung würde den Produzenten mehr Spielraum für Investitionen in Innovation, Expansion und Arbeitsplätze geben.

Die Debatte hat auch außerhalb Schottlands Aufmerksamkeit erregt, weil Scotch nach wie vor eines der wichtigsten Exportprodukte des Vereinigten Königreichs und ein wesentlicher Bestandteil der britischen Getränkeindustrie ist. Jede Änderung der Verbrauchsteuer könnte die Margen der Produzenten, die Preisgestaltung und die Nachfrage in Bars, Restaurants und Hotels beeinflussen. Sie könnte auch Investitionsentscheidungen im weiteren Getränkesektor prägen, da die derzeitige Steuerstruktur von der Branche oft als Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit zwischen Spirituosen und anderen alkoholischen Getränken genannt wird.

Swinneys Vorstoß verleiht dem Thema politisches Gewicht, ändert aber nichts an der rechtlichen Lage. Die Verbrauchsteuerpolitik wird von der britischen Regierung festgelegt, nicht von der schottischen Regierung, und der Vorschlag bleibt eine Forderung der Branche. Fachmedien, darunter SLTN und The Highland Times, berichteten in den Tagen nach dem Treffen ebenfalls über Swinneys Unterstützung.

Die Steuerfrage fällt in eine Zeit, in der die Scotch-Industrie auch die Exportbedingungen beobachtet. In ihrer Eingabe verwies die Scotch Whisky Association auf einen verbesserten Marktzugang in den Vereinigten Staaten und Indien im Jahr 2026 und beschrieb diese Länder als wichtige Wachstumsmärkte. Das hat das

Argument der Produzenten verschärft, dass die inländische Steuerpolitik Exportgewinne nicht durch zu knappe Margen im Inland untergraben sollte.

Auch internationale Käufer und Investoren, insbesondere in Asien, verfolgen die Entwicklung, obwohl die unmittelbaren Auswirkungen auf im Bond gelagerte Whiskyfässer begrenzt wären. Nach den geltenden Regeln wird die Verbrauchsteuer fällig, wenn Whisky aus dem Bond zur Abfüllung und zum Verkauf freigegeben wird, nicht während er im Fass reift. Das bedeutet, dass eine Senkung der Verbrauchsteuer den Steuerstatus bereits von Investoren gehaltener Fässer im Bond nicht direkt ändern würde. Dennoch verfolgen Marktteilnehmer die Steuerpolitik genau, weil sie die Rentabilität von Brennereien, die Preisgestaltung von New-Make-Spirit, das künftige Fassangebot und die allgemeine finanzielle Lage der Produzenten beeinflussen kann.

Diese Unterscheidung ist wichtig, weil sich ein Teil der Diskussion über Whisky-Investments über Verbraucherpreise hinaus auf die Ökonomie der Destillation ausgeweitet hat. Eine niedrigere Steuerlast könnte, falls sie genehmigt wird, die Bedingungen für Inlandsverkäufe für Produzenten und Gastronomiebetriebe verbessern. Für den Getränkefachhandel könnte das den Cashflow und Investitionen stützen, zu einem Zeitpunkt, an dem Kosten und Steuerlast weiterhin ein großes Thema sind. Für Investoren in Fässer oder an Brennereien gebundene Vermögenswerte wird die politische Debatte eher als Signal für die Branchenlage denn als direkte Veränderung der Vermögenswerte betrachtet.

Die Forderung steht auch vor dem Hintergrund einer breiteren Prüfung des Marktes für Fassinvestments. Auch wenn dies unabhängig von der Haushaltsentscheidung ist, hat es die Notwendigkeit unterstrichen, zwischen Steuerpolitik, die im Vereinigten Königreich verkaufte Spirituosen betrifft, und den Risiken privaten Fassbesitzes zu unterscheiden. Whisky-Fassinvestments bleiben im Vereinigten Königreich eine unregulierte Anlageklasse, und eine Änderung der Verbrauchsteuer würde daran nichts ändern.

Vorerst ist der zentrale Punkt, dass Swinney die Forderung der Branche öffentlich unterstützt hat, die Entscheidung aber beim Treasury liegt. Bis zur Vorlage des Herbsthaushalts bleibt die vorgeschlagene Senkung der Verbrauchsteuer eine politische und wirtschaftliche Kampagne und keine bestätigte Änderung der Politik.